

Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung

Aus dem OWUS-Dachverband



„Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle“ lautet das Motto eines bundesweiten Bündnisses, das am 18. Januar mit einer gemeinsamen Presserklärung und einem Aufruf an die Öffentlichkeit ging (<http://www.reichtum-umverteilen.de>) Neben ver.di, GEW, attac, Paritätischer Gesamtverband, Sozialverband Deutschland, Volkssolidarität, Institut Solidarische Moderne, Deutscher Mieterbund, BUND, NaturFreunde Deutschlands und weiteren Organisationen gehört auch der OWUS-Dachverband zum Trägerkreis dieses Bündnisses. Damit nimmt OWUS erstmals als Träger an einer bundesweiten Kampagne teil und bringt vor allem das Thema „**Bessere soziale Absicherung der kleinen Selbständigen**“ in die Kampagne ein. Unterstützt wird das Bündnis u.a. von den Parteien DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Zu den regionalen Unterstützern gehört auch der GWÖ-Verein Berlin-Brandenburg, fast 1.200 Bürgerinnen und Bürger haben inzwischen den Aufruf unterzeichnet.



Auf einer Beratung des Trägerkreises am 27. Januar in Hannover wurden die nächsten Schritte zur Durchführung der Kampagne, die über die Bundestagswahl hinausgehen soll, beraten. Im OWUS-Newsletter werden wir darüber berichten.

Kolumne im „neuen deutschland“

Unter der Überschrift „Kleinunternehmer im Stich gelassen. Die Linkspartei kümmert sich zu wenig um Solo-Selbstständige“, veröffentlichte das „neue deutschland“ am 27. Januar eine Kolumne von Dr. Rolf Sukowski. Er stellte dabei fest: *„Der Bundestagswahlkampf nimmt langsam Gestalt an und damit das Werben um die Stimmen der verschiedenen Wählergruppen. Für die LINKE steht somit die Frage, welche Wählerschichten sie erreichen will. In den neuen Bundesländern ist sie nach dem Selbstverständnis von Parteien eine Volkspartei, in drei Ländern auch Regierungspartei. Ob sie es wahrhaben will oder nicht, sie muss Angebote für (fast) alle Wählerschichten machen. Und dazu gehören auch Wähler, die unternehmerisch tätig sind.“* Bezogen auf das mitunter ambivalente Verhältnis zwischen der Partei DIE LINKE und insbesondere den Solo-Selbstständigen und Kleinunternehmern forderte er *„Das Wahlprogramm würde eine Chance bieten für eine Klarstellung - in der Wirtschaft sind nicht nur abhängig Beschäftigte schutzbedürftig, sondern in zunehmenden Maße auch selbstständig Erwerbstätige. Diese klare Feststellung und das Bekenntnis zu den Konsequenzen daraus ist notwendig.“*

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1039925.kleinunternehmer-im-stich-gelassen.html?sstr=Kleinunternehmer>

Aus den Landesverbänden

OWUS Berlin-Brandenburg

Vorstandssitzung

Am 26. Januar traf sich der Vorstand zu seiner ersten Sitzung im neuen Jahr. Schwerpunkt der Beratung war die Vorbereitung der Mitgliederversammlung am 17. März in Potsdam (siehe unter Veranstaltungen). Die inhaltlichen Schwerpunkte der diesjährigen MV sollen der Stand der Umsetzung des Beschlusses „Sozialcharta für Solo-Selbstständige und Kleinunternehmer“ vom April 2016 und der bevorstehende Bundestagswahlkampf sein.

Unternehmerfrühstück Marzahn-Hellersdorf

Auf Einladung von Petra Pau und dem linken Wirtschaftsverband OWUS fand am 27. Januar das erste Unternehmerfrühstück in diesem Jahr statt. Als Gast wurde die wiedergewählte Bezirksbürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf, Dagmar Pohle, begrüßt, die zugleich maßgeblich an der Aushandlung der Koalitionsvereinbarung der rot-rot-grünen Landesregierung beteiligt war. Dies stand auch im Mittelpunkt des Gespräches. Neben den neuen Akzenten in der Finanzierung der Bezirke durch das Land im Bereich der Investitionen, insbesondere für Bildung oder in der Stellenpolitik für die Verwaltungen der Bezirke, führte Dagmar Pohle weitere Themen aus den Koalitionsverhandlungen aus, wie: Strategien und Handlungsansätze zur Fortsetzung der Arbeitsmarktpolitik, der Beförderung erfolgreicher Wirtschaftspolitik oder zur Wohnungswirtschaft. In der zum Teil emotional geführten Diskussion wurden Probleme berührt wie das e-Government, die innere Sicherheit, die Förderung der gemeinwohlorientierten Wirtschaft, die Haltung der Koalition zur Abschiebung von Flüchtlingen und auch die Arbeit mit AfD-Mitgliedern in der BVV und im Bezirksamt. Thema war erneut auch die Zwangsmitgliedschaft von Unternehmen in den Kammern (IHK, Handwerkskammer etc.). Da die Teilnehmenden am Gespräch sich einig waren, dass diese Zwangsmitgliedschaft abgeschafft gehört, schlug Erika Maier vor, gemeinsam ein Schreiben mit dieser Forderung an die Programmkommission der LINKEN zur Vorbereitung der Bundestagswahl zu verfassen. Die ca. 35 Teilnehmenden erhielten in den zwei Stunden eine Fülle von Informationen und Anregungen, die sie anschließend bei Kaffee und den obligatorischen Schmalzstullen während der individuellen Gespräche weiter diskutieren konnten. Die Tradition der seit 1998 durchgeführten Unternehmerfrühstücke soll natürlich weitergeführt werden und interessierte Gäste sind immer willkommen. Angeregt wurde, zu solch einem Frühstück die Wirtschaftssenatorin von Berlin, Ramona Pop, einzuladen, um mit ihr über die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung in ihrem Verantwortungsbereich zu sprechen.

Hilka Ehlert in MaHeLi Februar 2017 http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/marzahn_hellersdorf_links/2017/

P.S. Beim Unternehmertreff am 31. Januar wurde das Schreiben mit der Forderung nach Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in IHK/HWK an den Bundesgeschäftsführer DIE LINKE M. Höhn übergeben.

Unternehmertreff Berlin

Am 31. Januar fand der OWUS-Stammtisch Berlin mit Matthias Höhn, Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter DIE LINKE statt. Unter dem Titel **„Bundestagswahlkampf 2017 – warum sollen Selbständige die Partei DIE LINKE wählen?“** wurde 2 Stunden intensiv diskutiert. Die Gründe für die gegenwärtige gesellschaftliche Situation charakterisierte Matthias Höhn mit 4 Ursachen, die in den letzten 20 Jahren kulminiert sind: Entsicherung in fast allen Lebensbereichen, Entsolidarisierung durch Konkurrenzstreben, Entfremdung zwischen Politik und Bürgern sowie Entgrenzung durch Verlust regionaler und lokaler Bezüge infolge supranationaler Entscheidungen. Die Flüchtlingsdebatte war 2016 der Auslöser für die politische Eruption, nicht der Grund.

Von Teilnehmern angesprochene Themen waren u.a. die Forderung nach einer steuerlichen Entlastung vor allem für kleine und mittlere Einkommen, die Förderung von Genossenschaften, direkte Demokratie und Bedingungsloses Grundeinkommen, Pflichtmitgliedschaft in IHK und HWK, Bildungspolitik. Gefordert wurden „griffige“ Themen, um den rational entscheidenden Wähler („Was bringt mir diese politische Entscheidung an der Wahlurne?“) zu mobilisieren. Dazu gehört bei vielen Unternehmern das Reizthema IHK/HWK. Diese Themen müssen offensiv und „laut“ artikuliert werden, um die Wähler zu erreichen. Dazu gehört auch, dass im Bundestag eingebrachte Gesetzesinitiativen und die Gründe für ihre Ablehnung publik gemacht werden.

Die Ausgangsfrage beantwortete Matthias Höhn – es gäbe für Unternehmer drei Perspektiven, die DIE LINKE zu wählen:

- eine polititische Perspektive – wo soll es in der Gesellschaft hingehen? Überlassen wir das Feld den Rechtspopulisten oder nicht?

- eine ökonomische Perspektive – wollen wir weiterhin eine Exportfixierung und einen fragilen Euro oder einen gestärkte Binnennachfrage mit Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe?
- eine soziale Perspektive – sollen Unternehmer außerhalb der Solidargemeinschaft stehen oder einbezogen werden? Die Forderung nach sozialer Sicherheit endet nicht bei Regelsätzen für Empfänger von Grundsicherung und gesetzlichem Mindestlohn, sondern bezieht auch Mindesthonorare für Solo-Selbständige mit ein.

Bitte um Unterstützung

Ein langjähriges Verbandsmitglied von OWUS Berlin-Brandenburg bittet um Unterstützung. Er hatte einen Schlaganfall und ist in seiner Bewegung stark beeinträchtigt. Auch mit der Verständigung klappt es nicht mehr so richtig. Er hat den Vorstand gebeten, nachzufragen, ob ein Verbandsmitglied ihm einen Gebrauchtwagen PKW kostenlos zur Verfügung stellen könnte. Einziger Wunsch wäre, dass der PKW fahrbereit ist. Alter, Laufleistung, Fabrikat wäre völlig egal.

Wer eine Möglichkeit hat, setzt sich bitte mit uns in Verbindung berlin-brandenburg@owus.de

„Sozialcharta für Solo-Selbständige und Kleinunternehmer“

Soziale Lage und Absicherung von Solo-Selbständigen

Im Juni vorigen Jahres stellte die Linksfraktion im Deutschen Bundestag der BReg über 150 Fragen zu diesem Thema. Seit Ende Dezember liegt nun die Antwort vor.

<https://www.bundestag.de/hib?url=L3ByZXNzZS9oaWlvMjAxN18wMS8tLzQ4NzYyMA==&mod=mod454590>

Antrag auf Änderung des Grundgesetzes

Die "Aufnahme sozialer Grundrechte in das Grundgesetz" sieht ein Gesetzentwurf (18/10860) vor, den DIE LINKE in den Bundestag eingebracht hat. Konkret soll im GG u.a. ein Artikel 1a eingefügt werden, in dem es heißt: "Jeder Mensch hat das

Recht auf soziale Sicherheit. Der Staat ist verpflichtet, kollektive soziale Sicherungssysteme zu schaffen." Begründet wird der Vorstoß damit, dass "wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte" in Deutschland "weniger Beachtung und eine geringere Sicherung als bürgerliche und politische Rechte" fänden.

<https://www.bundestag.de/hib?url=L3ByZXNzZS9oaWlVMjAxN18wMS8tLzQ4OTE3OA==&mod=mod454590>

Stärkung der gesetzlichen Rente

Die Fraktion DIE LINKE will die gesetzliche Rente stärken. In einem Antrag vom 19. Januar 2017 (DS 18/10891) fordert sie eine verlässliche Rentenpolitik. Sie muss zum Ziel haben, den erarbeiteten Lebensstandard zu sichern sowie Armut im Alter zu vermeiden.

Außerdem verlangt die LINKE den Ausbau der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, in die auch Beamte, Freiberufler und Selbstständige einbezogen werden soll. Gefordert wird eine "Solidarische Mindestrente" in Höhe von 1.050 Euro.

<https://www.linksfraktion.de/parlament/parlamentarische-initiativen/>

Antrag der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Erst jetzt wurde uns der Antrag der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.11.2016 (DS 18/10254) „**Arbeit 4.0 – Arbeitswelt von morgen gestalten**“ bekannt. Darin wird die BReg u.a. aufgefordert, folgende Handlungsfelder in den Mittelpunkt zu stellen:

- „5. Für Selbständige werden soziale Leitplanken eingezogen, um zu gewährleisten, dass Werk- und Dienstverträge nicht zum Lohndumping missbraucht werden können und Selbständige besser geschützt sind. Das geschieht, indem*
- a ein allgemeines Mindesthonorar als absolute Untergrenze für zeitbasierte Dienstleistungen eingeführt wird;*
 - b allgemeinverbindliche branchenspezifische Mindesthonorare für bestimmte Werke und Dienstleistungen möglich gemacht werden;*

- c rechtliche Vorgaben, insbesondere beim Arbeits- und Datenschutz und bei den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGBs) auch für Online-Plattformen durchgesetzt werden;*
- d die Zugänge zu den Sozialversicherungen für Selbständige einfacher und attraktiver gestaltet werden;*
- e nicht anderweitig abgesicherte Selbständige in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden.“*

<https://www.bundestag.de/service/suche?suchbegriff=DS+18%2F10254>

Linksfraktion in Thüringen fordert Mindesthonorar für Solo-Selbständige

Sie wolle im Jahr des Bundestagswahlkampfes auf die Einführung eines Mindesthonorars für sogenannte Solo-Selbständige hinarbeiten, sagte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion, Ina Leukefeld, am Anfang Januar in Erfurt.

siehe <http://www.die-linke-thl.de/.../aufaktpresseggesprach-galt-.../>

Presseerklärungen des Sprechers für Arbeitsmarkt und Gewerkschaften der Brandenburger Linksfraktion, Dr. Andreas Bernig

In mehreren Presseerklärungen verwies Dr. Bernig in den letzten Tagen auf die soziale Lage von Solo-Selbständigen und forderte sowohl die Absenkung von Mindestbeiträgen in Kranken- und Pflegeversicherung wie auch gesetzliche Mindesthonorare.

http://www.linksfraktion-brandenburg.de/presse/anzeige-pressemitteilung/?no_cache=1&tx_ttnews%5BbackPid%5D=269&tx_ttnews%5Btt_news%5D=3845&cHash=26c84c46b544edb941ea0f181d8bd063

Bundratsinitiative zur Senkung der Mindestbemessungsgrenze für Selbständige in GKV und SPV

Der Berliner Senat und die Brandenburger Landesregierung haben beschlossen, sich einer Bundratsinitiative des Freistaates Thüringen für die bessere Absicherung von Solo-Selbständigen anzuschließen. Es geht dabei um die Absenkung der für Selbständige geltenden Mindestbeitragsbemessungsgrenzen in der Gesetzlichen Krankenversicherung sowie Sozialen Pflegeversicherung. Analoge Anträge hatten die Fraktionen DIE LINKE sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits im September bzw. Oktober vorigen Jahres in den Bundestag eingebracht (siehe OWUS-Newsletter 09/2016). Sie wurden von den Regierungsparteien abgelehnt.

http://www.linksfraktion-brandenburg.de/presse/anzeige-pressemitteilung/?no_cache=1&tx_ttnews%5BbackPid%5D=269&tx_ttnews%5Btt_news%5D=3855&cHash=b559fde2856c4dcdfa20bcf3059e30ff

<https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2017/pressemitteilung.556130.php>

Wo fängt der Fisch an zu stinken?

Das Goethe-Institut hat Honorarkräfte nach Einschätzung der Deutschen Rentenversicherung womöglich als Scheinselbstständige beschäftigt. Nach einem Schreiben der GEW an die Beschäftigten läuft die Prüfung der Honorarverträge schon seit 2014. Dabei seien offensichtlich in einer großen Zahl von Fällen Scheinselbstständigkeiten festgestellt worden. In dem Verfahren gehe es nun auch darum, in welchem Umfang das Goethe-Institut Sozialversicherungsbeiträge nachzahlen müsse.

<http://www.n-tv.de/ticker/Riesenproblem-fuer-das-Goethe-Institut-article19669237.html>

Neues zur Gemeinwohl-Ökonomie

Gründung eines deutschlandweiten GWÖ-Vereins

Am 27. Januar 2017 wurde in Kassel der deutschlandweite Hauptverein „Gemeinwohl-Ökonomie Deutschland e.V.“ mit Sitz in Berlin gegründet. Durch diesen Hauptverein soll die Vernetzung der verschiedenen bereits bestehenden lokalen und regionalen Vereine, Gruppen und Energiefelder auf eine neue Stufe gehoben werden. Der OWUS-Dachverband wünschte *„der Versammlung viel Erfolg und Beschlüsse, die unser gemeinsames Anliegen deutschlandweit voranbringen. Mit Interesse sehen wir den Ergebnissen entgegen und erklären als OWUS-Dachverband unsere Bereitschaft zu einer konstruktiven Zusammenarbeit.“*, so der Vorsitzende des Vorstands Dr. Sukowski, Inhaber eines nach GWÖ-Kriterien zertifizierten Ein-Personen-Unternehmens.

Wirtschaftsinformationen

Gründung einer Landesarbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik im Berliner Landesverband DIE LINKE

Drei Mitglieder der DIE LINKE aus Mitte/Wedding suchten Interessierte für die Gründung einer Berliner LAG Wirtschaftspolitik. Nicht nur Leute mit ökonomischen Hintergrund, sondern aus allen gesellschaftlichen Bereichen waren herzlich willkommen. Zum Gründungstreffen am 22. Januar kamen knapp 20 Interessenten. Das nächste Treffen ist für den 05. Februar geplant (siehe Veranstaltungen) - weitere Informationen unter www.thinktank-linke-wirtschaftspolitik.berlin

Sollen Roboter in die Rente einzahlen?

Die Rechte schreibt den Verlust traditioneller Produktionsarbeitsplätze der Verlagerung in andere Länder zu und fordert mehr Patriotismus vom verarbeitenden Gewerbe. De facto wird ein großer Teil der industriellen Aufgaben aber inzwischen von Computern, Robotern, Maschinen erledigt. Da hilft auch kein Wir-holen-die-

Firmen-zurück. Wolfgang Kessler stellt auf <https://oxiblog.de/> daher eine andere Frage: Wenn Computer zunehmend Arbeitskräfte ersetzen, warum werden dann nicht auch Sozialbeiträge auf diese und generell auf Maschinen erhoben?

Die neue Ausgabe von „OXI – Wirtschaft für Gesellschaft“ ist am 04. Februar für Abonnenten in der Wochenendbeilage des „neuen deutschland“ und in der Woche danach am Kiosk.

Pflicht(„Zwangs-“)mitgliedschaft in IHK und HWK

Sowohl beim Unternehmerfrühstück in Marzahn-Hellersdorf als auch beim Berliner Stammtisch spielte das leidige Thema der Zwangsmitgliedschaft in IHK und HWK eine Rolle, oder diplomatischer ausgedrückt, „die Stärkung der Kammern durch Umwandlung der Pflichtmitgliedschaft in eine freiwillige Mitgliedschaft.“ Wir haben das zum Anlass genommen, uns beim Bundesverband freie Kammern (<https://www.bffk.de/>) nach dem Stand der Verhandlungen beim Bundesverfassungsgericht (Az.1 BvR 2222/12 und 1 BvR 1106/13) zu erkundigen. OWUS hatte bereits im Juni 2014 dazu eine Stellungnahme gegenüber dem BVerfG abgegeben. Die Antwort war, „der Berg kreißt noch“. Aber hochaktuell ist auch 2017 noch das Einlegen von Einsprüchen gegen Beitragsbescheide wegen zu hoher Rücklagenbildung durch die Kammern (<https://www.bffk.de/aktuelles/nach-grundsatzurteil-bffk-empfehl-widerspruch-klage-gegen-alle-ihk-und-hwk-bescheide.html>) Und es wurde darauf hingewiesen, dass im Mai in Berlin wieder IHK-Wahlen anstehen (<https://www.ihk-berlin.de/ihk-wahl>). Wie in Hamburg formiert sich ein Oppositionsbündnis, das noch Kandidaten sucht (<http://mitmachihk.berlin/>).

Reiche können mehr zahlen

Seit 1998 hat sich die Steuerbelastung der ärmeren Haushalte erhöht, die der Reichen wurde geringer. Das zeigt eine neue Studie, ver.di fordert: Untere und mittlere Einkommensgruppen müssen entlastet werden. Die sehr hohen Einkommen und großen Vermögen können und müssen dagegen wieder mehr beitragen.

Siehe dazu <https://wipo.verdi.de/publikationen/++co++9625665e-e6ec-11e6-b891-525400afa9cc>

Zum gleichen Thema von OXFAM „8 Männer besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung“

<https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/2017-01-16-8-maenner-besitzen-so-viel-aermere-haelfte-weltbevoelkerung>

Gesetzentwürfe der Bundesregierung

„Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze (**Betriebsrentenstärkungsgesetz**) vorgelegt.

Im Betriebsrentengesetz wird den Sozialpartnern die Möglichkeit eröffnet, auf tariflicher Grundlage reine Beitragszusagen einzuführen. In diesem Fall werden keine Mindest- bzw. Garantieleistungen der durchführenden Einrichtungen mehr vorgesehen. Bei dieser neuen Form der Betriebsrente sind die Arbeitgeber verpflichtet, im Falle einer Entgeltumwandlung die ersparten Sozialversicherungsbeiträge an die Beschäftigten weiterzugeben.

...

Im Sozialrecht sollen schließlich neue Anreize für den Auf- und Ausbau einer betrieblichen Altersversorgung insbesondere bei Geringverdienern gesetzt werden. U.a. wird in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung die Nichtanrechnung von Zusatzrenten neu geregelt.“

Quelle: Newsletter „Gesetze aktuell“ aus dem Bundesanzeiger Verlag, Januar 2017

<https://www.bundesanzeiger-verlag.de/nc/spezial-gesetze/feed/detail/artikel/ausbau-der-betrieblichen-altersversorgung-21026.html>

Ebenfalls vorgelegt wurde ein Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Steuerumgehung und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften (**Steuerumgebungsbekämpfungsgesetz**) sowie gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen.

<https://www.bundesanzeiger-verlag.de/nc/spezial-gesetze/feed/detail/artikel/bundesregierung-geht-gegen-steuerungumgehung-vor-21022.html>

http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2017/01/2017-01-25-pm04-schaedliche-steuerpraktiken-lizenzboxen.html?pk_campaign=Newsletter-01.2017&pk_kwd=25.01.2017_Bundeskabinett+beschlie%C3%9Ft+Lizenzschranke+gegen+Steurgestaltung+internationaler+Konzerne

Veranstaltungen

05. Februar 2017 **Treffen der LAG Wirtschaftspolitik** um 15 Uhr im Roten Laden in Friedrichshain, Weidenweg 17 in 10249 Berlin (Nähe U-Bahn: Weberwiese)
09. Februar 2017 Eröffnung der **Ausstellung „Namibia today“** im Rahmen von „Kunst im Untergrund“ durch die finnische Künstlerin Laura Horelli, um 19. Uhr in der Berliner U-Bahn-Station Schillingstraße; Die Zeitschrift "Namibia today" wurde mit finanzieller Unterstützung des Solidaritätskomitees der DDR seit 1975 in in Erfurt für die namibische Befreiungsorganisation SWAPO gedruckt
22. Februar 2017 5. **Berliner Unternehmensgespräch** von UnternehmensGrün, GWÖ Berlin und der taz, um 18 Uhr im taz-Café, Rudi-Dutschke-Str. 23 in 10969 Berlin. Thema: **Welche Wirtschaftspolitik brauchen und wollen werteorientierte Unternehmen?** Es diskutieren Dr. K. Reuter (Geschäftsführerin UnternehmensGrün), Dr. R Sukowski,(Vorsitzender OWUS e.V.) und N. Lust sowie F. Dreher (AK Wirtschaftskonvent des GWÖ Berlin); Anmeldungen werden erbeten unter [herzog\[at\]unternehmensgruen.de](mailto:herzog[at]unternehmensgruen.de)
17. März 2017 **Mitgliederversammlung** des OWUS-Landesverbandes um 16 Uhr im Bürgerhaus am Schlaatz, Schilfhof 28 in 14478 Potsdam
21. März 2017 **Ausstellungseröffnung** „Deutschland und anderswo“ zur Situation freischaffender Künstlerinnen und Künstler um 18 Uhr im Sächsischen Landtag, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 in 01067 Dresden; anschließend

eine Gesprächsrunde mit dem Fraktionsvorsitzenden DIE LINKE im Deutschen Bundestag, **Dr. Dietmar Bartsch** zum Thema „**Soziale Absicherung von Selbstständigen neu gestalten**“

22. März 2017 **46. Neuenhagener Gespräch** um 19 Uhr im Bürgerhaus Neuenhagen, Hauptstr. 2 in 15366 Neuenhagen (bei Berlin). Thema „**Die Rente muss wieder Lebensstandard sichern**“ mit Matthias W. Birkwald, (MdB DIE LINKE)

27. März 2017 **Konferenz** von GWÖ Berlin und LernSINN e.V. zum Thema „**Zeit das neue Geld – vier Lösungen für ein Problem**“, von 9 – 19 Uhr im Bürogebäude Franz-Mehring-Platz 1 in 10243 Berlin, u.a. mit **Christian Felber** aus Wien; Tickets und Informationen unter www.zeit-das-neue-geld.com

12. – 13. Mai 2017 **Konferenz für gemeinwohlorientierte Unternehmen** in Hann. Münden <https://www.eventbrite.de/e/konferenz-fur-gemeinwohlorientierte-unternehmen-tickets-31597439793>, u.a. mit OWUS

Vorankündigung

20./21. Mai 2017 nd-live – Pressefest des „neuen deutschland“ mit OWUS und mehreren Mitgliedsunternehmen

Links

OWUS auf  www.facebook.com/owus.dachverband

<https://oxiblog.de>

www.fabio-de-masi.de Homepage von MdEP Fabio de Masi (Fraktion GUE/NGL), u.a. im EP mit den Themen TTIP und Steueroasen befasst www.kmu-gegen-ttip.de

Unsere Geburtstagskinder für den Februar 2017

Matthias Bernhardt	06.02.
Jürgen Wegewitz	12.02.
Renate Vehlow	16.02.
Joachim Sroka	18.02.
Uwe Nawrath	21.02.
Christa Luft	22.02.
Hans-Jürgen Schubert	23.02.

Herzlichen Glückwunsch!!!!!!

Euer OWUS Vorstand

Falls Ihr den Newsletter abbestellen möchtet, sendet einfach eine Antwortmail an den Absender
heinrich-berlin@kabelmail.de